

**Amtliche Bekanntmachung der Stadt Herrenberg  
vom 04.07.2019**

## **Inkrafttreten des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans inklusive Vorhaben- und Erschließungsplan "Areal Bahnhofstraße", Gemarkung Herrenberg**

Der Gemeinderat der Stadt Herrenberg hat am 19.02.2019 aufgrund von § 10 des Baugesetzbuches (BauGB), in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. S 3634) und § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.07.2000 (GBl. S 582) zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.06.2018 (GBl. S. 221) den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan inklusive Vorhaben- und Erschließungsplan "Areal Bahnhofstraße", Planbereich 06.01/4 sowie die in seinem Geltungsbereich zu erlassenden Örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen.

Maßgeblich ist der Vorhabenbezogene Bebauungsplan bestehend aus Textteil und Planzeichnung vom 01.10.2018 und dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Pläne 1 bis 13) vom 01.10.2018 sowie die Örtlichen Bauvorschriften und nachrichtlich übernommenen Festsetzungen und Hinweise vom 01.10.2018 und die gemeinsame Begründung vom 01.10.2018.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans mit einer Gesamtfläche von ca. 0,35 ha ist dem Kartenausschnitt in der Anlage (PDF) zu entnehmen.

Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan "Areal Bahnhofstraße", inklusive Vorhaben- und Erschließungsplan, Textteil, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung kann während der Öffnungszeiten im Amt für Stadtentwicklung im Verwaltungsgebäude Marktplatz 1, 71083 Herrenberg, Zimmer 604 von jedermann eingesehen werden.

Weiterhin können die Planunterlagen auf der Homepage der Stadt Herrenberg eingesehen werden unter: [www.herrenberg.de/bekanntmachungen](http://www.herrenberg.de/bekanntmachungen)

Der Bebauungsplan und die Örtlichen Bauvorschriften werden mit dieser Bekanntmachung rechtsverbindlich.

Nach § 215 BauGB werden unbeachtlich eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel der Abwägung, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Großen Kreisstadt Herrenberg unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Großen Kreisstadt Herrenberg geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, eine eventuelle Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Die Verletzungen sind schriftlich gegenüber der Stadt Herrenberg, Amt für Stadtentwicklung, Marktplatz 1, Zimmer 604, geltend zu machen.

Amt für Stadtentwicklung